

Ersteilung (täglich)
nachmittags mit Aufnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 Pf., 1/2jährlich 1.50 Mk.
primum, freitags Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 Mk.

Die Unterhaltungsbeilage
"Die Neue Welt" kostet
monatlich 10 Pf., 1/2jährlich 30 Pf.

Volksblatt

Inserionsgebühr
beträgt für die 5 geliebte
Zeile oder deren Raum
15 Pf., für Wohnungs-,
Verzins- und Bekanntmachungs-
anzeigen 10 Pf.

Inserate für die 5 tägige
Anzeige müssen spätestens bis
vormittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Ver-
zeichnungsliste unter Nr. 6585.

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: **Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Böhlbergasse.**

Telegraphen-Adresse: **Volksblatt Halle/Saale.**

Wort: für Wahrheit und Recht.

Nr. 76

Halle a. S., Mittwoch den 30. März 1892.

3. Jahrg.

Arbeiter! Genossen! Denkt an den Bockkott! Meidet das hiesige Bier!

Zu dem Kapitel: die Sittlichkeit und die heutige Gesellschaft.

Die herrschenden Klassen wissen nicht genug von der fortgeschrittenen Sittenverderbnis und Sittenlosigkeit, von der Sittlichkeit der untersten Volksschichten zu erzählen. Unsere Leser wissen, wie die sich berufen glaubenden Sittenwächter namentlich bei der Bekämpfung des Entwurfs der sogenannten lex Feins, der noch seiner Erledigung harret, alle erdenkliche Mühe gegeben haben, um der Sittlichkeit des gemeinen Volkes zu begegnen. Von unserer Seite ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß weit mehr Grund für die herrschenden Kreise vorliegt, sich einmal vor den eigenen Tugenden umzusehen und gründliche Ausreife zu halten. Auf der anderen Seite ist aber ununterbrochen immer und immer wieder darauf hingewiesen worden, daß von einer wahren Sittlichkeit so lange nicht die Rede sein kann, als die heutige kapitalistische Wirtschaft, oder besser Mißwirtschaft besteht.

Wir haben auch schon wiederholt an Beispielen gezeigt, wie die bestehenden Klassen selbst ihre Aufgabe als Wächter der Sittlichkeit auflassen und wir werden nicht aufhören, auch ferner dieser Gesellschaft die Waage von Gestalt zu ziehen. In diesem Kapitel können wir heute wieder ein paar herrschende Beiträge liefern.

Berichtet da der „Nürnberger Anz.“, wie in dem kleinen nürnbergischen Polizeigebäude an der Weinstraße, aus welchem jeder das Vorfest bekannt glaubte, die Frau Venus einen wahren Triumph feierte. Durch Zufall kam man hinter die „Bärtlichkeit“ der Subalternen mit den Den-Rhythmen und nahm letztere einzeln ins Verhör, was derart gründlich genommen wurde, daß etwa 12 Subalterne, darunter verheiratete, stark kompromittiert sind. Die intimsten Bärtlichkeiten, welche in den Bärenz mit den Den-Rhythmen ausgetauscht wurden, haben nun ein noch im Gange befindliches disziplinäres Einschreiten veranlaßt. Eine Ironie des Schicksals ist es, daß gerade in dem Hause, wo die Organe zur Aufrechterhaltung der Sittlichkeit wachen und amtierend, die Unfähigkeit sich in dieser eider nicht seinen Besize recht machen konnte. Es kommt auch hier wieder der gemaltene Unterschied zwischen Theorie und Praxis in Betracht: man kann ein sehr geschickter und eifriger Sittenwächter sein — theoretisch! — und dennoch einlebiges Gesicht zum Prüler haben — das ist halt dann die Praxis!

Ein nicht minder widerwärtiges Bild entrollt eine Denkschrift, welche vor einiger Zeit von einigen nicht-sozialdemokratischen Herren in Wien an den österreichischen Handelsminister gerichtet worden ist. In dieser Denkschrift wird über den Leiter der Wiener Privattelegraphengesellschaft und namentlich über eigentümliche Vorkommnisse bei den damit verbundenen Telephonverkehr Besondere geführt. Die Denkschrift schildert den Generalinspektor Jesler als einen Mann, der Tringelberg empfangt, der das Telephon benütze, um Gespräche mit den Abnehmern anzuhören, die durch Belauschung des Verkehrs der Behörden erworbenen Kenntnisse zu Vör-

spekulationen benutze und der schließlich die von der Gesellschaft ausgegebenen Wägen als seine Sarcophagen ansehe. Ueber diesen letzten Punkt, welcher eine Seite der Frauenarbeit berührt, welche sich nicht nur beim Telephondienst findet, handelt die Denkschrift folgenmaßen:

Es ist eine nicht nur mir, sondern zahlreichen Personen bekannte, also durch Augen erdärte Thatsache, daß Generalinspektor Jesler, welcher seinen Inspektionspflichten zu allen Stunden des Tages und der Nacht obliegt, dabei nicht nur von Plünderern, sondern auch von einem anderen weit weniger ethischen Triebe geleitet wird. Der Besondere sieht in den Manipulationen nämlich nicht nur seine Untergeordneten, sondern auch ihm zur Bekämpfung finstlicher Geistes kommen zur Hand befindliche und dem generalgemeintlichen Vorgesetzten gegenüber nahezu willenlos ausgelieferte weibliche Geschöpfe, die — von Jesler selbst ausgenommen, gemessenlos offener! — zumest im jugendlichen Alter leben und sich eines verächtlichen Aussehens erfreuen. Mit wie wenig Takt, oder besser gesagt, mit welcher unglücklichen Schamlosigkeit derlei dabei zu Werke geht, mag aus dem Umstande erhellen, daß derlei nicht bloß zu dem einen oder anderen Wägen Beziehungen unterhält und mit denselben etwa außerhalb des Büreau's zusammenreißt, sondern vielmehr die, in einem gewissen Momente ihm in die Augen fallenden Personen bei seinen oberflächlichen Inspektionen der Zentrale einfach vom Wechse, an welchem derlei Dienst macht, wegruft, in das nebenan befindliche Inspektionszimmer treten läßt, und in diesem mit einem gewissen Wohlstande versehenen Dienstlokal gerade Zeit zuzufächelt. Der Jesler schließlich entlassen, muß die Bediensteten wieder unter ihre Kollonnen, die sich zum großen Teile, infolge eigener Erfahrung über den wahren Charakter dieser Dienst-Unterbrechung, keiner Illusion hingeben können, zurückziehen und ruhig den Dink wieder aufnehmen.

Die volle entwürdigende Wirkung, welche solche Besondere auf alle Wissenden und Schauer ausüben, braucht ich nicht auszumalen: immerhin begründet Jesler's Verhalten in der meisten Fällen, wenigstens dort, wo es sich um arme, auf das große Dummum angewiesene Mädchen handelt, einen Widerstand der Artsgewalt. Die Korruption greift hier aber auch auf die dienstlichen Beziehungen über, da viele Personen, welche sich Jesler's besondere Beneidlichkeit hauernd zu erhalten wüßten, ein reicheres Vancement finden und zumest als Amtseinerinnen die Vorgesetzten ihrer weniger glücklichen Kolleginnen wurden. Ob unter solchen Verhältnissen wahre, auf Achtung der Vorgesetzten gegründete Disziplin in der Wiener Telephon-Gesellschaft herrschen kann — ist eine Frage, die sich von selbst beantwortet.

Ein Kommentar hierzu ist in der That überflüssig. Jedes glühendere Wort würde die Wirkung der Schilderung nur abschwächen. Nur darauf wollen wir noch hinweisen, daß man von der Einsetzung eines Strafverfahrens gegen diesen würdigen Generalinspektor bisher noch nichts gehört hat. Man hat diesem Ehrenmann nur einen Teil seiner Funktionen abgenommen und ihn veranlaßt, die Ehrenbeerdigungsfähigkeit gegen die Verfasser der Denkschrift einzubringen.

Die hier geschilderten Fälle, die durchaus keine Ausnahmen bilden, sondern aus der Tagesgeschichte jederzeit ergänzt werden könnten, zeigen, wie würdig es mit der Moral und Sittlichkeit in den durch Bildung und Besitz führenden Klassen" ausfällt. Da hört man aber nichts von Maßregeln zur Abheilung dieser Auswüchse. Das wäre — wenn sie's wollten! — allerdings auch ganz zwecklos, denn dieselben gehören notwendig zur kapitalistischen Gesellschaft und werden erst mit dieser verwinden. Mittlerweile laßt dieselbe aber

ihre Aufgabe dahin auf, daß sie Maßregeln gegen die überhandnehmende Unfähigkeit der untersten Volksschichten bereit.

Die Krankentassen-Reform.

Der „Erstling der Sozialreform“, das Kranken-Versicherungsgesetz, ist also nun endlich, nach fast zweijähriger qualitativer Diskussion, im Sinne der Reaktion „reformiert“ worden. Die ganze vorige Woche hat der Reichstag darauf verwendet, diesen Werte die legislativische Bestätigung zu geben. Der entscheidende Schlag gegen die freien Hilfskassen ist damit gefallen, daß die reaktionäre Gesetzgebermajorität den Vorschlägen der Kommission, wonach die freien Kassen, soweit sie Anspruch erheben, der gesetzlichen Versicherungspflicht zu genügen, in Zukunft Arzt und Arzney in natura zu liefern haben, zustimmte.

Das haben wir vorausgesehen. Der „Vorwärts“ bereut diese Wendung der Dinge mit Recht, und durchaus unseren schon öfter geäußerten Ansichten entsprechend, sehr kühl, er schreibt:

Die generalisierten Hilfskassen werden also über kurz oder lang, freiwillig oder durch Zwangsmaßnahme gezwungen, ihre Stelle als gesetzliche Kassen räumen und dann als sogenannte Zusatzkassen weiter bestehen. Wir glauben, daß, nachdem die Würfel im Reichstage einmal gefallen sind, die in Frage kommenden Kassen gut daran thun, sich über die Frage ihrer Weiterexistenz möglichst bald zu entscheiden.

Den Herren Reaktionen, sowie unseren tatföher sozialistischen Geheirnuten, sind die freien Hilfskassen ein Dorn im Auge, weil dieselben selbständige und freie Schöpfung der Arbeiter sind. Es müssen, so will es die Reaktion, bürokratische Schablonen an deren Stelle treten. Uns soll auch das recht sein. Diese Arbeiterschöpfungen haben die Arbeits- und Agitationskraft von so viel hundertern von tüchtigen, Genossen in Anspruch genommen und für die politische Tätigkeit lahm gelegt, daß es für die Partei nur von Nutzen sein kann, wenn diese Kräfte von jetzt ab sich wieder ganz und rüchtpallos zur Verfügung stellen. Im übrigen aber werden die bisherigen Mitglieder und Leiter der freien Hilfskassen von jetzt ab in den Ortstafeln, in welche sie zwangsweise gepreßt werden, so manches bisher geführte Stilleben ab führen. Ein Erfolg der Reaktion, den zu bebauern wir nicht die geringste Ursache haben.

Unsere Genossen im Reichstag haben deshalb der Entscheidung über § 75, welche übrigens längst feststand, mit großer Seltenruhe entgegen gesehen und in der Debatte durch den Abgeordneten Wollenbutz ihren prinzipiellen Standpunkt nur kurz darlegen lassen.

Die bornierten Gegner jeder freien Arbeiterschöpfung haben ihren Zweck erreicht, nun mögen sie leben, wie sie mit ihrer „Erregungsbildung“ fahren.

Die Borniertheit der Gegner ganz zu erweisen, erscheint es angebracht, darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtige D-

86) Stefan vom Grillenbof.

Das Prasseln der Flammen, das Krachen der zusammenstürzenden Häuser und Scheunen, das Heulen des Windes, der sich, durch die Hitze erzeugt, erhoben hatte, das Brüllen und Schreien der Kämpfenden, das Wegschrei der Verwundeten und der Donner der Kanonen, es ist die Musik der Hölle und Teufel sind es, die hier im Blute wachen, sich gemächlich maffizieren. Der Kampf zieht weiter, die Preußen werden zurückgedrängt, — jetzt sind sie wieder mitten unter den brennenden einstürzenden Gebäuden. Die Preußen zeigen sich ermattet, sie können nicht weiter kämpfen, die Stragen des Dorfes sind mit Verwundeten, mit Toten, mit erschöpft Dahinsinkenden gepflastert. Welche Szenen, die hier niederfallen, sie stehen nicht wieder auf, denn jetzt flürzen die meisten der brennenden Gebäude mit prasselnem Getöse über ihnen zusammen. Der Aufenthalt in Venat ist für beide Parteien unmöglich geworden. Die Preußen schießen sich langsam zurück, die Deckerreicher folgen ihnen unter einem wilden Jubelgeschrei und drängen sie weit über Venat hinaus.

Zu dieser Zeit, es war ein Viertel auf Zwei, fand ein Anzug der Preußen auf der ganzen Linie statt. Schon hielten die Deckerreicher die Schlacht für gewonnen. Sieg! Sieg! erschall es auf allen Seiten, das weite Schlachtfeld entlang. Bei Venat ward die Besetzung nicht abgeschlossen; die Deckerreicher befanden sich auf freiem Felde, sie sollten hier Atem schöpfen. Die Distanz zwischen ihnen und den sich nun rascher zurückziehenden Preußen erweiterte sich bedeutend. In dem Augenblick bemerkte Stefan, wie Hans sich niederlegte und sich hierauf völlig auf dem Boden ausstreckte. Er trat zu ihm. „Was ist Ihnen, Herr Leutnant?“

„Ich bin verwundet.“
„Wo?“
„Hier an der Schulter.“
Stefan kniete bei ihm nieder und versuchte es, ihm den Waffentrock anzuziehen. „Sie haben bereits viel Blut verloren.“
„Es muß wohl so sein, — ich merke es erst garnicht, — ich war zu aufgeregt, — aber jetzt bin ich ganz erschöpft.“
Stefan rief das Pferd an. „Leutnant Wackler muß sofort nach dem Verbandplatz gebracht werden,“ sagte der eine, „die Wunde scheint mir bedenklich.“
„Es sind noch keine Krankenträger hier,“ erklärte der andere, „und der Verbandplatz ist hinter Venat.“
„Wir werden ihn von zwei Mann dahin tragen lassen,“ erwiderte der erste.
„Glauben Sie mir ein Wort, Herr Leutnant,“ begann jetzt Stefan, „die Wunde muß augenblicklich verbunden werden, sonst verblutet er.“
„Wenn er kein Arzt und hierher gefolgt ist —“
„Ich werde es thun, ich werde mich darauf.“
„Es kam keine Antwort. Eine allgemeine Bewegung gab sich in der Truppe kund. Hierauf erfolgte eine ganze lautlose Stille. Aller Aufmerksamkeit war auf einen Punkt der feindlichen Linie gerichtet. Dort ging etwas vor, man konnte es wohl an der Gestalt des rasch losgerittenen Preußen erkennen, an diesem Punkte auch hatten die Preußen sich Bewegung zu sammeln versucht, — und siehe — eine ungeheure Masse von Blaudäten rückte jetzt von dort heran — und Artillerie — Kavallerie, — wie ein Strom wühlte es sich daher. Das waren frische Kräfte, das war Verstärkung! Es war die Armee des Kronprinzen, es war die von den Preußen so sehnlichst erwartete Verstärkung. Sie erschien für die ihrigen im rechten Augenblick, rechtzeitig genug, um eine

Niederlage der Preußen zu verhindern. Allgütig und energisch griffen sie in die Action. Ihre Artillerie erschütterte ein Feuer, das die österreichischen Kanonen zum Schweigen brachte. Die Infanterie und die Schützen, welche die Preußen verfolgten, so weit vorgezogenen waren, erhielten gleich Befehl, sich zurückzuziehen. Hier, auf offenem Felde, von dem langen Kampfe zum Tode erschöpft, konnten sie den Anprall nicht ertragen, durften sie auf keinen Fall sich in ein Gefecht mit frischen und ihnen so sehr überlegenen Truppen einlassen. Es erfolgte ein schleuniges Zurückweichen, das alsbald in Flucht ausartete.

Stefan kniete noch immer neben dem Freunde. Er sah nicht einmal auf, er hatte sein eigenes Fernb zerrissen und legte nun mit der Unbeirtheit und Vorfertigkeit eines gewöhnlichsten Arztes den Verband an. Hans bante ihm ein warmes Blick. Jetzt bemerkten sie beide die allgemeine Bewegung und Wehrung. Sie sahen die Kameraden sich zurückziehen, hastig, regellos; sie erkannten bald die Ursache. Angst lag auf allen Gesichtern, Ausruhe des Schreckens erschollen ringsum. Auch ihm galten mahnende Jurke. „Rette Dich!“ — „Rette Dich!“ riefen sie ihm zu. Und dann erschall es wieder im Chor: „Die Preußen, die Preußen! Gott verdamme sie, sie haben Verstärkung! Zu tausenden kommen sie heran. Sie erdrücken uns — wehe!“
„Hans verachte, sich zu erheben. „Geh, — geh!“ rief er mit matter Stimme und hoch zu bringend. „Lass mich — hörst Du!“ In diesem Augenblick gab er dem Fremde das Du.

Stefan schüttelte den Kopf. „Der Verband würde sich wieder öffnen, er wußt er selbst festmachen werden,“ sagte er kurz. Er hatte sein Taschentuch hervorgezogen und band es nun fest um die Wundge.

Drankartig brauste es jetzt über das weite Feld. Stefan

ganisation der Krankenversicherung überhaupt garnicht auf die Dauer bestehen kann. Es wird sich bald das unabweisbare Bedürfnis geltend machen, die gesamte Arbeiterversicherung einheitlich zu organisieren, entsprechend dem inneren Zusammenhang, der zwischen den einzelnen Zweigen der Versicherung (Krankheit, Unfall, Invaliditätsversicherung) besteht. Die Sonderorganisationen für die einzelnen Versicherungsweize werden auflösen müssen. Dieser Entwicklung würden die freien Hilfskassen so wie so zum Opfer fallen. Ihr Ende wird durch das neue reaktionäre Gesetz nur etwas früher herbeigeführt.

Ohnen wir also der Reaktion ihren „Sieg“ über die freien Kassen. Derselbe wird neue tausende von Arbeitern der Sozialdemokratie zuführen. Und die „Sieger“ werden die Sozialisten sein. Niemand wird zum Vorteil der Reaktion aufschlagen, was sie in blindem Fanatismus gegen die selbständige Arbeiterorganisation unternimmt. Die Ortsklassen werden etwas mehr „sozialdemokratisch durchseucht“ werden!

Deutscher Reichstag.

205. Sitzung vom 28. März, mittags 12 Uhr.

Eingegangen ist eine Vorlage betr. die Vergütung des Katalognoll bei der Ausübung von Katastrophendiensten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Budgetgesetzes für 1892/93, in welchem als erste Rate für den Neubau des Reichs Postministeriums ein Betrag von 20 Millionen Mark, die Summe von 9 643 000 Mark gefordert wird.

Abg. Hammer (natl.) behauptet, daß diese Vorlage erst im April dem Reichstage zugehen und zwar in einem Moment, wo das ganze Land sich schon mit dem Gedanken des bevorstehenden Schlußes der Session beschäftigt. Die Beratung des Budgetgesetzes in der Kommission sei unumgänglich; hoffentlich werde die Kommission mit der größten Beschleunigung arbeiten.

Abg. Jahn (natl.) schließt sich diesen Ausführungen und dem Antrag auf Vermehrung des Budgetgesetzes an die Kommission an, ersucht aber nicht darum, daß in der Kommission diejenigen Aufsichtsjahre über die Rechenbücher der Förderung gegeben werden, die in der gedruckten Begründung nicht wohl gegeben werden konnten.

Abg. Ortner: Falls die Gründe für die Bewilligung nicht ganz besonders durchschlagend seien, werde das Zentrum die Vorlage ablehnen, da bei jeder Opfermilde des Reichstags ihn nicht zugunsten werden könne, in diesem Stadium noch so präjudizierende Beschüsse zu fassen.

Nach weiteren Erklärungen der Abg. v. Kardorff (Reichsd.) und Jahn (natl.) sowie des Staatssekretärs v. Bötticher wird die Vorlage an die Budgetkommission überwiesen.

Der Antrag auf Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Reichstags in der Spezialkommission zunächst der Etat für den Reichstag und für den Reichsanwalt und die Reichsanwalt ohne Debatte unverändert genehmigt.

Abg. Graf des Auswärtigen Amtes erwidert auf eine Anfrage des Abg. Krayenbühl (natl.)

Staatssekretär v. Bötticher: Es ist ungewißhaft sei, daß eine große Menge deutscher Staatsbürger, hauptsächlich aus Süd- und Mitteldeutschland ihre Ersparnisse in Aktien der portugiesischen Staatsbank angelegt hätten; die deutschen Gläubiger würden sich an erhebliche Verluste geizen müssen, nur der Erfolg der Sache sei außer Frage, daß in Zukunft die Deutschen bei der Anlage von Kapital in portugiesische Aktien etwas vorsichtiger zu Werke gehen würden.

Nach einer längeren Debatte über die Anwendung, welche der Bundesrat von der Ermächtigung zum Abschluß von Handelsverträgen gemacht habe, schließt die Diskussion.

Das Kapitel „Auswärtiges Amt“ wird bewilligt, ebenso das Kapitel „Verwaltungsausschüsse, Konsulate und Schutgebiete.“ Beim Kapitel „allgemeine Fonds“ fragt Abg. Lingen, ob aus den Mitteln des Etats zur Unterstützung deutscher Schulen im Auslande auch katolische Schulen Unterstützung erhalten.

Staatssekretär v. Bötticher: Beide Renssionen werden ohne jede Unterbrechung gleichmäßig aus diesem Fonds berücksichtigt, der allerdings nur 600000 M. beträgt.

Beim Etat der Schutgebiete stellt der Direktor der Kolonialabteilung Geh. Rat Rayer eine im vorigen Jahre gefasste Resolution richtig, wonach die Besetzung, daß im Schutgebiete von Kamerun der Brennweinverbrauch bewilligt betrunken werden, auf Ueberweisung beruhe. Der Etat der Schutgebiete wird genehmigt, bezgl. bestimmt der Wegentwurf betr. die Einnahmen und Ausgaben der Schutgebiete.

Zum Etat des Reichsanwalts des Innern ist eine Resolution des Abg. von Westermarck, die die veränderten Bestimmungen zu erstehen, im Etat für 1893/94 als obligate Ausgabe mit einer den vorhandenen Mitteln entsprechenden Summe einzuführen: „Zur Bewilligung von Stipendien und Unterstützungen für talentvolle junge Künstler, sowie zur Förderung der monumentalen Malerei nach Maßstab in Deutschland.“

Abg. v. Westermarck beantwortet den Antrag unter Bezugnahme auf seine früheren gleichartigen Anregungen.

Staatssekretär v. Bötticher widerpricht dem Antrage, weil die Finanzlage nicht danach angethan sei.

Es sah auf, es waren die Regimenter der Preußen, die heranrückten. In einigen Minuten konnten sie hier sein; nur Flucht, schleimige Flucht konnte ihn retten. Er dachte daran, aber er sah auf Hans, unumgänglich konnte er ihn hier zurücklassen. Er rief ihn in die Höhe. „Komm“, rief er, „komm, oder wir sind verloren!“

Hans klammerte sich an ihn fest, er that einige Schritte, aber er war zu erschöpft, er brach zusammen. „Ich kann nicht“, schloß er. „Geh“, rief er dann abermals, „laß mich — ich befehle es Dir.“ Das Haupt sank ihm auf die Brust, er schloß die Augen.

Immer näher kam das Getrappel. Die letzten Kolonnen der Flüchtenden kamen in einiger Entfernung von ihnen vorüber. Stefan rief sie an, er forderte sie auf, den verwundeten Leutnant mit sich zu nehmen. Aber sie hörten nicht auf ihn, sie mochten sich nicht aufhalten. Da verfiel er in sich die übermenschliche Kraft der Verzweiflung. Er nahm den fast willenlosen Körper des Freundes über seine Schulter und lief mit der schwereren Bürde, so gut es ging, den Seinen nach.

Stefans Mühen äherten; er glaubte, die müden Füße würden unter ihm zusammenbrechen und er müsse finstern mit der schweren Last; aber er trug sie dennoch und er kam den Seinen immer näher. Jetzt rief er ihnen abermals zu, und diesmal lösten sich folgende zwei Mann von der Gruppe, sie kamen ihm entgegen, nahmen den Mann von seinen Schultern und trugen ihn weiter. Bald befanden sie sich in der Linie, unter dem Schutze ihrer eigenen Batterien, die wieder Passé gefaßt, und nun konnten sie ihren Rückzug ruhiger vollenden. Sie umgingen das noch immer brennende Benatet und kamen an einem Verbandplatz vorüber, wo Leutnant Wächter abgegeben wurde; aber schon war auch hier alles in Verwirrung und Auflösung begriffen. Die Verwundeten wurden auf Blagen geworfen, die meisten noch

Abg. Ortner erklärt sich als Verfassungs- und Doppelstimmberechtigten in Uebereinstimmung mit dem Standpunkt des Staatssekretärs des Innern ebenfalls gegen den Antrag.

Abg. Krayenbühl: Ich ersucht die neue Kammer des Reichstags als Schlichter zur Entscheidung über die Quarantäne gegen ausländisches Vieh.

Abg. Ortner: Ich bin der Abg. Krause (natl.) und Hammer gegen den Antrag; letzterer will nur unter der Bedingung zustimmen, daß die für den Viehverkehr erforderliche sanitäre Vorrichtungen durch die Regierung gestellt wird. (Zustimmend.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. v. Hüft (natl.) regt die Beschaffung des Viehseuchengesetzes an, speziell in Ansehung der Maul- und Klauenseuche.

Abg. Hammer: Ich würde mich über die Beschaffungsbedürfnisse der Landwirtschaftlichen Verwaltung nicht äußern.

Staatssekretär v. Bötticher: Es ist jetzt erstere eine vollständige Statistik darüber nicht außer den Mitteilungen aus den Jahresberichten des Landwirtschafts- und Viehwirtschaftsministeriums vorhanden, welche auf dem Entzage der Höhe beruhen. Darüber, daß es sich hier um ein nützliches und wirtschaftliches Unternehmen handelt, werde man doch noch sich verständigen.

Abg. Hammer: Inwiefern die deutsche Industrie von der Subvention Vorteile zieht, darüber besagt die Antwort des Staatssekretärs nichts. Man hat eben versucht, diese Vorteile zu bekommen, die Subventionierung, denn die Viehzucht wurde und wird durch bereits vorhandene Linien besser und billiger bewirkt als durch die deutsche Linie.

Kapitel 7a, allgemeine Fonds wird darauf bewilligt.

Der Rest des Budgets des Etats des Reichsanwalts des Innern wird ohne erhebliche Bedenken bewilligt, ebenso das Extracredendum und ohne jede Debatte der gesamte Militäretat.

Die Fortsetzung der Eintragung wurde am Dienstag 12 Uhr vertagt. Außerdem steht auf der Tagesordnung die Wahl von Mitgliedern des Hauses zur Kommission für Arbeiterstatistik, Rechnungs- und Gehaltsfragen, welche betrefft die Vergütung für Katastropholl und die zweite Sitzung des Budgetgesetzes.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Abersicht.

Die Volksschulgesetzvorlage ist regierungstreuig zur Rückgezogen worden. In der gestrigen Sitzung des preussischen Landtages ergab der Eintritt in die Tagesordnung der neue Ministerpräsident Graf zu Eulenburg das Wort zu folgender Ansprache:

Der dem Hause zugegangenen Mitteilung über die gegenwärtigen Verhandlungen im preussischen Staatsministerium habe ich noch folgenden hinzufragen: Die Bereinigung der Aemter des Reichsanwalts mit dem Präsidium des preussischen Staatsministeriums bringt ein Maß von Arbeit und Verantwortung mit sich, welches die Kräfte auch des leistungsfähigsten Mannes auf die Dauer auszureichen geeignet ist. Dagegen kommt, daß die Vorteile bewilligt, ebenso eine weitere und wenn dieselbe von den inneren Angelegenheiten getrennt wird, welche allein dem preussischen Staat betreffen. Es ist dadurch, daß der Reichsanwalt Minister der auswärtigen Angelegenheiten und somit Mitglied des preussischen Staatsministeriums bleibt, fürzuzugehen, daß die einheitliche Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und das Verhältnis des Reiches zu Preußen nicht beeinträchtigt wird. Was den Ihnen vorgelegten Entwurf eines Volksschulgesetzes betrifft, so hat derselbe im Grunde und in der Sache jähre Begünstigung hervorgerufen, welche sich bisher unermittelt gegenüber haben. (Gut! hört! im Zentrum.) Auch die Beratungen Ihrer Kommission haben zu einer Veränderung nicht geführt (Wiederpr.) und die Ansicht, daß eine solche erreicht werde, nicht erreicht (Wiederpr.) im Zentrum. Da somit über diesen Gegenstand ein bestimmtes Ergebnis nicht zu erwarten ist, so verzieht ich die Staatsregierung auf die Fortsetzung der Beratung dieses Gesetzes (Wiederpr., wiederholter Beifall links) und behält weitere Erwägung vor, wann und in welcher Weise innerhalb des durch die Verfassung gegebenen Rahmens auf diese Angelegenheit zurückzukommen ist (Beifall).

Der Erordnungsentswurf über die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Mitteilung der Zahl der in Fabriken u. s. w. am 1. April 1892 beschäftigten Arbeiterinnen setzt folgendes fest:

1. Arbeitgeber, welche Arbeiterinnen in Fabriken, Hüttenwerken, Zimmereien und anderen Bauhöfen, in Werften, in Biegeleien, welche nicht bloß vorübergehend oder in geringem Umfange betrieben werden, in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, unterirdisch betriebenen Bräuden oder Gruben beschäftigten, sind verpflichtet, der Ortspolizeibehörde bis spätestens zum 16. April 1892 die Zahl der von ihnen beschäftigten über 16 Jahre alten minderjährigen und großjährigen Arbeiterinnen schriftlich mitzuteilen. Die Mitteilung kann mit der nach § 158 der Generalordnungs-Novelle vom 1. Juni 1891 zu erhaltenden schriftlichen Anzeige verbunden werden.

2. Auf Anfordern der unter Nr. 1 fallenden Art, welche nur einen Teil des Jahres im Betriebe sind und ihren Betrieb am 1. April 1892 bereits eingestellt oder noch nicht begonnen

unterbreiten, und man jagte mit ihnen davon. Nur weiter, weiter, nach Rönigsdorf! Dieß es. Alles wollte sich in die Fehlung retten und sie jagten der Erde zu. Oberhalb Benatet kamen die Reste der fliehenden Corps zum Stehen; sie sammelten sich und ergriffen nun wieder Fühlung mit den anderen am rechten Flügel angestellten Corps. Das Zentrum schickte ein Detachement zur Vertärkung dieses Flügels, aber dadurch entstand bei Eblum eine Lücke. Das sollte für die Defterreicher verhängnisvoll werden, entscheidend für den Ausgang der Schlacht.

Eine preussische Brigade erpäßte die Schwäche dieses Punktes und, den günstigen Zufall rasch benutzend, schob sie sich mit einigen Batterien durch die Lücke in den Rücken des Zentrums. Blühlich sahen sich die Defterreicher im Rücken und gleichzeitig rechts in der Front und in der Flanke angegriffen. Ein mörderisches Rückenfeuer richtete sich auf Eblum und die nach dem Orte gelegenen, dominierenden Höhen. Das Hauptquartier, welches hier aufgestellt war, war ins Feuer gekommen, einige hohe Offiziere wurden verwundet, einer vom Pferde geschossen. Von da an schloß jede Ueberlegung, jede Besonnenheit; die Verzerrung wurde bald grenzenlos. In die Lücke schieben sich immer mehr feindliche Kolonnen — der Durchbruch des Zentrums war nicht mehr aufzuhalten, und schon drang der preussische Kronprinz, der mit seinen frischen Truppen den linken Flügel bedroht hatte, stetig vor: die preussischen Armeen konnten sich die Hände reichen. Immer mehr drängten sie die Defterreicher zurück und nahmen die Höhen von Eblum, den Schlüssel der defterreichischen Stellung.

Benedel gab den Befehl zum Rückzuge. Er war eilig, aber er artete doch nicht in Flucht aus. Die preussische Artillerie machte auf dem Hügel des Spohrigels halt und schloß ab die sich Zurückziehenden Granaten nach, welche mit fürchterlicher Präzision über ihren Häuptern zerplatzten.

haben, finden die vorstehenden Bestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, der Ortspolizeibehörde eine schriftliche Anzeige über die Beschäftigtenzahl der von ihnen innerhalb der Zeit vom 1. April 1891 bis zum 31. März 1892 beschäftigten Arbeiterinnen über 16 Jahre zu erstatten.

Gefahrenlosigkeit. Eine Niederigkeit, wie man sie in dem schwebenden Revolverkämpfe nicht zu finden gewohnt ist, macht sich in dem offiziellen Organe der künftigen schlesischen Regierung, der „Leipziger Zeitung“, breit. Vorige Woche war unter Genosse Singer in Leipzig, um dort in einer Volkserammlung zu sprechen. Darüber erstreckt sich nun das offizielle Organ folgende Zeilen zu schreiben:

„Der beehrte Wortführer der Sozialdemokratie, Genosse Singer, der Semitismus in der sozialdemokratischen Partei, Willkür und Vertreter des Proletariats, Herr Paul Singer aus Berlin, gab gestern abend hier wieder eine Gastvortragung.“

Wir haben dem nicht weiter hinzuzufügen, als daß die „Leipziger Zeitung“ sich zu jenen konservativen Organen zählt, welche fast Nummer für Nummer Kreditabilitäten über die angebliche Verhörung der Arbeiterbevölkerung verlegen.

Entweder läßt die „Post“ oder hat Kaiser Wilhelm das Gesetz über die Schenken des Bieres vom 26. Febr. 1870 abgetreten. Aus der Waldheimarbeit des Kaisers, er ist zu Erholung befinden soll, berichtet die „Post“, daß der Kaiser angrenzende Galopspitze machte und 2 Hühner erlegt habe. Das angesehene Gesetz bestimmt nun, daß im Monat März sowohl das männliche wie das weibliche Rot- und Dammvild Schenkeit hat und daß für das Ältere während der vorgeschriebenen Schenkeit eine Weidfrasse zwischen 60—90 M. zu zahlen ist. Wenn mildere Umstände vorhanden sind, kann der Richter bei Festsetzung der Selbstzucht auf ein Strafmaß von 3 M. herabsetzen.

Dem „Augs“ Stumm wurde am Sonntag eine besondere Uebertragung bereitet. In seinem Reiche — in Keunrichen und Bielefeldchen — hat man an diesem Tage dreitausend Exemplare der Schrift verbreitet, in welcher die bekannte Rede des Herrn v. Stumm und auch gleich die Antwort, welche Besel ihm gab, abgedruckt ist. Die Verteilung, die von dem St. Johann-Straßbrüder Genossen befohlen wurde, ging glatt von staten. Wenn einzelne Politobediener nicht wußten, daß sozialdemokratische Schriften verbreitet werden dürfen, so ist das im Königreich Stumm nicht verwunderlich. An der Verbreitung antisemitischer Flugblätter hat man, was bei der Befugnisvervielfachung der Stumm und Stöder erklärlich, bis jetzt noch nichts auszuheilen gefunden. Nun, wenn auch von Genossen von den eifrigen Gesetzgebenden notiert wurden, so find doch künftliche Mühen für größeren Ehre des Herrschers von Keunrichen verteilt worden. Daß dieselbe Rede, welche die Sozialdemokratie vernichten sollte, als Agitationsmittel für die Sozialdemokratie benutzt wird, noch dazu unter seinen Augen, in Keunrichen und Umgegend steht, das ist ein Erfolg, den sich Herr v. Stumm jedenfalls nicht geträumt hat.

Kapitalistische Verlogenheit. Es ist bekannt, daß man von seiten des Unternehmens mehrfach die Unfallversicherung selbst als Ursache der häufigen Unfälle in industriellen und anderen Betrieben bezeichnet hat, weil angeblich die Arbeiter durch die verlockende Aussicht auf eine Unfallrente weniger vorsichtig sind, häufig mäßig garnicht ohne Absicht und mutwillig einen Unfall herbeiführen. Dieser nichterträglichen Beleumdung der Arbeiterthätigkeit zeigt sich eine andere Wirkung an, die neuerdings von der kapitalistischen Presse topotertiert wird unter der Signatur: „Die Unbotmäßigkeit der Arbeiter als Grund für die Zunahme der Betriebsunfälle.“ Es heißt darin:

„Das Reichs-Versicherungsam hatte eine Untersuchung über die Ursachen der Vermehrung der Betriebsunfälle, welche nach der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für 1890 festgestellt worden war, angeordnet. Dabei wurden als Gründe für die Erhöhung angeführt einerseits die verschärfte Kontrolle über die Anmeldung der Unfälle und

Aber nicht genug damit, jetzt wurde auch noch Kavallerie zur Verfügung beordert und ihnen nachgedrängt. Die braven Preussischen Bataillone verhielten immer wieder sich zu sammeln, stehen zu bleiben und die ihnen nachgehende Kavallerie zurückzuführen. Ihrer Artillerie war es gelungen, auf den Hügelrücken von Strodthig Posto zu fassen, und sie eröffnete ein heftiges Feuer gegen die verfolgenden Preußen, jedoch die nachgehende Kavallerie in kleine Detachements sich auflösen mußte. Aber es mühte dies alles nicht mehr, alle Aufopferung und persönliche Tapferkeit war vergeblich! Die preussischen Kanonen wurden endlich, obwohl ihre Kanoniere die verzweifeltsten Anstrengungen machten, und bei dieser Gelegenheit mehr als dezimiert wurden, durch das heftigere Feuer der viel zahlreicheren preussischen Batterien zum Schweigen gebracht. Die preussische Artillerie hatte furchtbar gelitten, sie war vernichtet. Sie wurde von dem Hügel vertrieben, und hierauf begann die Verfolgung der fliehenden Defterreicher aufs neue; sie war unerbittlich, schrecklich, grausam.

Auch Stefan war unter den tausenden, welche im letzten Verzweiflungskampfe zu Boden gefallen und welche nun verendet, hilflos auf dem Schlachtfelde zurückblieben. Man hatte nicht mehr Zeit, sie hinwegzubringen. Ein Granatplitzer hatte ihm den rechten Arm zerhackt; er war hierauf bewußlos geworden. Jetzt kam er wieder zu sich. Der Lärm der Schlacht dauerte noch fort. Er füllte Durst, brennenden Durst, die Junge lebte ihm am Gaumen; ein leises Stöhnen öffnete die Handbänder, verrotteten Lippen. Er wendete sich ein wenig, da kam es ihm vor, als ob er im Schlamme läge. Vielleicht war Wasser in der Nähe. Mühsam verfuhr er es, die linke Hand unter sich zu bringen, um gewonnenen Blutes jog er sie hervor, — er lag in seinem eigenen Blute. Mit matten, gebrochenen Augen blinnte er um sich. (Fortsetzung folgt.)

anderefalls die Einstellung von nicht genügend angelegten und geübten Arbeitern, die häufigere Verfolgung von Entschädigungsansprüchen infolge der besseren Vertrautheit mit der Unfallversicherungs-Verordnung, sowie die wohlthätige Auslegung des Begriffs „Betriebsunfall“ in der Rechtsprechung. Die Berufsvereinigungen werden aber noch um Angabe ihrer Beobachtungen und besonderen Erfahrungen ersucht. Die Knappschützen-Vereinschaft hat, wie deren Organ „Der Kampf“ mitteilt, bei der Erörterung der Gründe verschiedene Momente hervorgehoben, welche allgemeine Beachtung verdienen und zu ersten Erwägungen Veranlassung geben müssen. Unter besonderer Aufführung einer Reihe von Umständen weist Ursachen und Folgen nicht nachzuweisen, daß nach dem Streit die Zurückbildung gegen bestehende Verbote und die Nichtanwendung der vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen als wesentliche Ursachen für die gesteigerten Unfälle bezeichnet werden müssen. Seit dem großen Katastrophen des Jahres 1889 hat sich in den Bergschichten ein Geist der Unbotmäßigkeit entwickelt, welcher in den vermehrten Unfällen einen betrübenden Ausdruck erhält. In den Bergbaubetrieben, welche von den Aufsichtlichen mehr oder weniger verschont geblieben sind, ist teils eine nur unwesentliche Besserung eingetreten, teils sogar eine Abnahme der Unfälle zu verzeichnen. Allein im Bereiche der Section II, den Oberbergamtsbezirk Dortmund umfassend, sind innerhalb Jahresfrist infolge Zurückbildungen der Arbeiter gegen bestehende Verbote zur Verhütung von Entzündung schlagender Wetter 124 Vergleiche verlegt, darunter 71 getödtet worden. Infolge Zurückbildungen der Arbeiter gegen sonstige Vorschriften ereigneten sich 141 Unfälle mit 145 Verletzten, darunter 62 Tödt. Durch Nichtanwendung der vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen kamen 37 Unfälle vor, bei welchen 37 Personen verletzt wurden, von denen 17 das Leben einbüßten.

Die Tendenz der vorstehenden Auslassungen ist in die Augen springend. Die Geher, die Aufwieger und in letzter Reihe die Arbeiter selbst durch ihre Unbotmäßigkeit sind an den Unfällen schuld. Man behauptet, welche nichtbedeutende Verbedürftigung darin liegt: rein aus bösem Willen, gewissermaßen um die Vorgesetzten „zu ärgern“, setzen die Arbeiter ihre Gesundheit und ihr Leben, sowie Gesundheit und Leben ihrer Kameraden aufs Spiel. Wer da weiß, welche Unlust mit flammigen Material im kapitalistischen Interesse schon getrieben worden ist und noch fortwährend getrieben wird, der wird auch die obigen flammigen Angaben zu würdigen wissen. Es ist bekannt, daß man gerade im Oberbergamtsbezirk Dortmund gegen die Geher und Aufwieger, gegen diejenigen, welche für die Interessen ihrer Kameraden vorgehen und ethisch eingetreten waren, am rücksichtslossten vorgeht und daß gerade hier die Bergarbeiter am meisten gemißachtet werden. Es liegt nun viel näher anzuempfehlen, falls wirklich durch Ausbeutung der Unfallverhütungsvorschriften eine Besserung der Unfälle eingetreten ist, daß diese gegeben ist, weil manche Arbeiter aus Furcht vor Strafregelung oder um sich bei den Vorgesetzten in gutes Licht zu setzen, die zeitweiligen Sicherheitsvorrichtungen unterlassen und nur darauf bedacht waren, durch größere Arbeitsleistung ihren Heiß, ihre Arbeitsfreudigkeit und ihre gute Stimmung zu bewahren. Die frivole Behauptung, daß die Unbotmäßigkeit hierzu Veranlassung gegeben habe, richtet sich selbst.

In R o p e n a g e n wurde der Redakteur des „Arbeiter“ wegen die Arbeiterklasse zum Aufruf aufrührender Artikel zu 1 Jahre Zuchthaus verurteilt. — So berichtet ein Depeschbüro. Wenn der „Arbeiter“ ein Parteiorgan ist, — was wir im Augenblick nicht behaupten können — dann ist die Anrufung zum Aufruf eine Unterstellung, ein juristisches Machwerk, oder aber das genannte Blatt ist das Organ einer weiter links stehenden Richtung.

Aus Stadt und Land.

Halle, 29. März.

Stadtverordneten-Sitzung vom 28. März. Der Vorsitzende, Stadtdirektor Oetzel, leitete nach Besichtigung und Genehmigung des Protokolls letzter Sitzung den Eingang eines Schreibens mit, in welchem die hiesigen Brauereibesitzer, welches unterzeichnet ist von den Altkennervereinen Kaufhaus und Fleischhändler und in welchem dieselben erneut vorstellig werden wegen der Biersteuer. Diese Angelegenheit kommt in Nr. 8 der E.-D. der vorwöchentlichen außerordentlichen Sitzung zur Verhandlung, in welche hiernach eingetreten wird.

Punkt 6 derselben betrifft die Beschäftigung der Stadt auf Uebernahme der Fußgängerstraßen zwischen der Döhlstraße und dem Zentral-Einkaufshaus. Ref. Stadtd. Döhl, welchen die Beschlüsse der Verammlung vom 26. Oktober 1891 gemäß, welchen dieselbe der übernehmenden Empfehlung der Bau- und Finanzkommission entlehnt, dahin gefaßt hat, mit der Uebernahme der Straße erst dann sich einverstanden zu erklären, wenn der Straßenkanal um so viel tiefer gelegt wird, daß die anliegenden Häuser Anstich finden können, und dann auch nur, wenn die Eisenbahnverwaltung mit der Erhebung der Entschädigung für fünfzigjährige Unterhaltung auf 7 1/2 Proz. sowie zur Ertragung der Hälfte der Betriebskosten einverstanden ist, beauftragt die Verammlung, insofar die Abklärung dieser Bedingungen seitens der Eisenbahnverwaltung, dem Magistratsbeschlusse, vorläufig von der Uebernahme dieser Straße Abstand zu nehmen, zu verzichten.

6. Die Verhütung des Stills XVI (Gesamtheit) des Hauptpostenanstalles für den Rathsch-Bauwerk am 1. April ab, ebenfalls die Verhütung der hiesigen Brauerei, welches unterzeichnet ist von den Altkennervereinen Kaufhaus und Fleischhändler und in welchem dieselben erneut vorstellig werden wegen der Biersteuer. Diese Angelegenheit kommt in Nr. 8 der E.-D. der vorwöchentlichen außerordentlichen Sitzung zur Verhandlung, in welche hiernach eingetreten wird.

7. Zur Deckung der Linsen für den Schlacht- und Viehstall während der Abgabe sollen 38 000 M. aus der Kasse nachweislich werden, da die Hauptlinsen im Schlachtstall nicht vorliegen sind. Die gesamten Abgaben sollen jedoch später, aus den eigenen Einkünften der Schlachtstall-Verwaltung bezogen und amortisiert werden. Die Verammlung genehmigt die Nachbewilligung. Ref. Stadtd. Krug.

8. Die Petitionen mehrerer Bürgervereine um Festlegung des Ermäßigungs- und Miethesatzes vom 1. April ab, ebenfalls die Petition der hiesigen Brauerei um Aufhebung des Kommunal- und Landes- und Brauereisteuers, welche letztere damit begründet wird, daß die Voraussetzung des Magistrats, die Konjunktur würden diese Brauereier zahlen, eine irrige war, werden dahingegen beantwortet, daß die Miethesätze aus dem neuen Steuerjahresverordnungen, den neuen Steuerlinsen hinfällig 100 000 M. betragen werden. Bevor jedoch das Reformationsverfahren beendet ist, sei der Magistrat nicht in der Lage, zu diesen Petitionen Stellung zu nehmen. Derselbe wird jedoch in erster Stelle die Ermäßigung der Miethesätze berücksichtigen.

Den weiteren Auslassungen des Referenten der Finanzkommission, Stadtd. Stadler, zufolge ergibt die Grund- und Miethesätze ein Einkommen von 676 000 M., die Biersteuer ein solches von 99 000 M. Die Vermehrung übersteigt die Vermehrung über die hiesigen Linsen, die hiesig zu werden. Stadtd. Friedrich gibt zu, daß es nicht unmöglich erscheint, der Wirkung des Reformationsverfahrens in dieser Sache zu bedauern, von einer Ermäßigung der Miethesätze sowie jedoch nach seiner Ueberzeugung nicht die Rede sein, sondern lediglich von einer Ermäßigung dieser angedeutet um ungewissen Einkommen. Galt ist die etwaige Erhöhung der Biersteuer, welche die Bierbesitzer zu würde vor einer Erhöhung des Zuchthaus für Einkommensteuer von 160 oder 175 Proz. nicht zurückzuführen, um einen etwa notwendigen Ausgleich in den hiesigen Einkommen der Bierbesitzer. Stadtd. Döhl meinte, daß die Ermäßigung dieser Steuer innerlich länger Zeit nicht eintreten sei. Es ist jedoch zu erwägen, daß die Biersteuer, wenn dem hiesigen Brauerei, durch die Erhöhung der Einkommensteuer infolge verschärfter Hebung der großen Einkommen ganz wesentliche Erleichterungen geschaffen. Neben nicht Veranlassung, sich gegen die Stadtd. Friedrich und Schulz zu wenden wegen der von ihnen geäußerten Bedenken und behauptet letztere das Recht, den von hiesigen Bedenken, Stadtd. Friedrich stellt dem entgegen, daß er bei der Wahl eines Mitgliedes der hiesigen Körperschaft nicht prüfen würde, wie sich daselbst zu dieser Steuer oder sonstigen wichtigen Fragen stelle und hiernach seine Entschlüsse und Einwirkungen aussprechen würde. Das Recht könne niemandem genommen werden, die Vorliegen zu erklären, daß die Verammlung den obigen Bescheid des Magistrats zur Kenntnis nehme.

9. Die Petition wegen Neubau der Schifferbrücke wird von dem Ref. Stadtd. Brände dahingegen beantwortet, daß bereits im Bereiche der Projekte bei der Regierung eingeleitet waren, welche zu gleicher Zeit auch mit dem hiesigen Magistrat in Verbindung stehen. Diese Projekte entsprechen jedoch nicht den Anforderungen der Regierung. Es sind dieselben einer entsprechenden Aenderung unterzogen worden und werden so auf neue der Regierung vorgelegt werden.

13. Der Kantinenwirt des Schlacht- und Viehstalls hat die Bitte um Erhöhung der Biersteuer, weil er die Konzeption nicht erhalten habe, weil die längere Arbeitszeit eingetreten ist und weil die Einkünfte des Wirtes ungenügend an seinen Geschäftszug gewirkt haben. Der Ref. Stadtd. Schmidt II hat jedoch die Meinung gewonnen, daß die Bitte wohl zum Teil selbst schuld an der Sache habe, da er schlechte Waren im Verkauf führte. Später sei der Bierbesitzer befragt worden, nachdem er sich hierzu geäußert, daß er die Konzeption nicht erhalten habe, welche zu gleicher Zeit auch mit dem hiesigen Magistrat in Verbindung stehen. Stadtd. Brände erwidert, daß wenn die Konzeption zu spät erhalten habe, dies nicht in der Ordnung sei und dem Wirtes dadurch doch Schaden zugefügt worden sei. Auch haben die Brauereibesitzer gefordert, daß den Arbeitern hier in Bezug auf die Brauereier zugestimmt werden. Wenn die Stadt noch Bedenken bezüglich der Erhöhung der Biersteuer hat, so ist es dem Magistrat überlassen, eine Schmäderung der Einkünfte zugefügt werden. Stadtd. Risse ist keineswegs dafür, den Kantinenwirt, wie den Restaurationswirt auf hiesigen Grundstücken (z. B. Theater-Restaurant) Nachträge zu bewilligen, wenn sie die durch Selbstverletzungen zu hoch getriebenen Preisen nicht zahlen können. Er würde die Ueberlegung nicht abgenommen werden können. Stadtd. Brände sagt zu, daß während sechs Wochen die Zahl der Arbeiter verringert sei. Auch habe er veranlaßt, daß einem Arbeiter, der mit dem Bau der Bierwerke, welches unterliegt wurde, es wird schließlich Uebergang zur E.-D. eingegangen.

Es wird hiernach in die neue Lagerordnung eingetreten, aber welche wir in der nächsten Nummer berichten.

Stadttheater. Die Mittwoch-Aufführung „Lohengrin“ dirigiert der neuengewählte erste Kapellmeister Herr Wilhelm Reich. Das Benefiz für Herrn Karl Friedau findet am nächsten Sonnabend statt.

Im **Ballhallentheater** endet schon am morgigen Donnerstag der jetzige reichhaltige Spielplan, in welchem namentlich Miss Carolas origineller „Flecke-Circus“ großen Beifall findet.

Gewitter. Eine um diese Jahreszeit seltene Naturerscheinung, ein von Westen begleitetes Gewitter, hat sich gestern gezeigt. Nachrichten von auswärts zufolge muß das Gewitter verhältnismäßig ziemlich heftig aufgetreten sein, jedoch wird von erheblichem Schaden bis jetzt nichts berichtet. Bemerkenswert und noch zu werden, daß nach Halb gestern, d. i. am 28., ein kräftiger Tag erster Ordnung war.

Stieben. 28. März. In dem Mansfeldischen Dreieck sind am Freitag oder vielleicht auch schon am Donnerstag der in geordneten Verhältnissen lebende Zehnermeister Hänter und dessen 16 jährige Tochter ermordet worden. Die beiden Unthätigen wurden gestern in ihrem Gehört tot aufgefunden, Hänter mittelst einer Eisenstange im Halse liegend, die Tochter mit durchschnittenem Halse im Fluß liegend. Angehender, daß die Tochter ihrem Vater zu Hilfe kommen wollen; das junge Mädchen war nur ganz leicht bekleidet. Die Leute sind wohl im Begriff gewesen, sich zur Ruhe zu legen; die Lampe war vollständig ausgebrannt. Wahrscheinlich liegt Raub und Mord vor, doch fehlt betreffs der Mörder noch jeder Anhalt.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 28. März. (3. Strafkammer.) Wie wir feinerzeit berichteten, war es der hiesigen Kriminalpolizei gelungen, jene zwei Diebe, die in der Nacht vom 6.—7. Jan. bei dem Gutsbesitzer und Bräudenpächter Winter in Kröllwitz eingebrochen und u. a. 100 M. bares Geld entwendet hatten, zu ermitteln. Es sind diese der mehrfach vorbestrafte 20jährige Arbeiter Gustav Zander und der 14jährige Arbeiter Hermann Dpernjak, welche sich nun deshalb wegen Diebstahls zu verantworten haben. Zander war geständig, in fraglicher Nacht durch ein Kellerfenster in die Wohnung des Wirtes eingedrungen und 100 M. entwendet zu haben. Außerdem hatten sich beide Angeklagte in das Winterische Bräudenhaus eingeschlichen, wo sie genädigt und Zander zwei Säcken und einen Weisel, dem Zimmermann Arnke gehörige Sachen, ferner Dpernjak ein Sackett entwendet hatte. Vor dem Verlassen des Bräudenhauses hatte der Angeklagte Zander daselbst verurteilt und auf einen sich daselbst befindlichen Kohlenkasten geschrien, daß sie, die Diebe, beschützigen, eine Reihe nach Paris zu unternehmen. Beide Angeklagte

wurden jedoch am 28. Januar in Osterleben bei Magdeburg verhaftet, wodurch noch beim Angeklagten Zander eine Summe von ca. 20 M. vorgefunden, die dem Eigentümer übergeben wurde. Das übrige Geld hatten die Diebe verbergt. Zander wurde antwortgemäß zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt, Dpernjak erhielt wegen eines einjährigen Diebstahls 14 Tage Gefängnis. Die Strafe des letzteren wurde jedoch durch die erstlente Untersuchungshaft für verflücht erklärt. — Wegen Entwendung einer Banne im Werte von 5 M. hatte sich der 26jährige Dienstknecht Richard Wolong aus Werberberg der Gefahr ausgesetzt, auf das Zuchthaus zu kommen. Derselbe ist bereits mehrfach wegen Diebstahls verurteilt, darunter einmal mit zwei Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte, welcher angeht bei der Tat sinnlos betrunken gewesen zu sein, wurde antwortgemäß zu einem Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt, auch wurde sofortige Verhaftung beschlossen. — Schwere, mittelst gefährlichen Werkzeugs verübte Körperverletzung hatte den 37jährigen Arbeiter Johann Barmiged aus Marzburg auf die Anklagebank gebracht. Ein weibchen dem Angeklagten der Witwe Dietel hier ausgebrochener Streit hatte den Arbeiter Franz Glagitz hingerufen, welcher zur Ruhe ermahnen; auf Barmiged entbrach. Letzterer ließ sich nicht beschwichtigen, sondern verlegte dem Glagitz mehrere Faustschläge ins Gesicht, ergiff ein auf dem Halse liegendes Messer und brachte selbigem am Kopfe noch einige Stößen, wobei der, so daß Glagitz blutüberströmt den Kampfplatz verlassen mußte. Der Angeklagte, welcher leugnet, wurde dem Strafmaß gemäß, da er wegen eines ähnlichen Vergehens bereits mit 3 Monaten Gefängnis bestraft war, zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Der Verlegte war infolge der Mißhandlung 8 Tage arbeitsunfähig. — Wegen zweier Diebstähle hatte sich der 42jährige Arbeiter Franz Rosenkranz, geboren zu Heitshaus, zu verantworten. Der Angeklagte, der bereits mehrfach wegen desselben Vergehens, darunter einmal mit 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurteilt, wurde schuldig, am 4. Jan. d. J. aus dem Restaurant Biermann, wo er genädigt, ein Paar dem Kaufmann Dorn gehörige Siefelketten im Werte von 10 M. unter Jurdiklaffung seiner alten zerrissenen Siefelketten entwendet zu haben. Außerdem hatte der Angeklagte der unverschämlichen Minna Bösch, bei der er 7 Tage logiert, ein Portemonnaie mit 3 M. Inhalt entwendet. Er leugnete, wurde aber für überführt erodet und zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Auch wurde seine Stellung unter Polizeiaufsicht für zulässig erklärt. Wie wir hören, soll sich der Angeklagte noch wegen mehrerer dertartiger Schwindelereien zu verantworten haben.

Arbeiterbewegung.

Die Notwendigkeit einer Abklärung der Arbeitszeit betont der 82. Jahresbericht eines der konservativsten englischen Arbeitervereine, des Fitz-Silverne des Eisenwerks, welcher Ende 1891 eine Mitgliederzahl von 15 291 Mamm hatte. Nahezu 12 Proz. der Mitglieder waren im Laufe des Jahres arbeitslos. Die wichtigste Ursache der Arbeitslosigkeit ist verhältnismäßig gut bezahlten Branchen (z. B. 10 Sh. 3 d. Wochenlohn, d. i. etwas über 90 M.) ist auf Rechnung der Verengung der Arbeitszeit und erklärt, das eine ausgiebige Verkürzung der Arbeitszeit, etwa auf acht Stunden, heute einschließen noch notwendig ist als 1871, wo der Konsumbrentag erlaubt wurde; das ist das einzige Mittel, um irgend eine Verbesserung der Lage der Arbeiter herbeizuführen. — Es wird zur; auch die Arbeiterzeitung der Arbeiterzeitung beginnen zu erkennen, daß technischer Fortschritt, die Erhöhung der Produktivität, Arbeitervergnügen ein Heißel des Proletariats ist statt einer Wohlthat, daß nur der Grund der Ausbeutung steigt, wenn nicht eine Verkürzung der Arbeitszeit damit verknüpft wird.

Dortmund, 28. März. Bei den Knappschützenwahlen stiegen, soweit die Resultate bis jetzt bekannt sind, überall — zum Teil mit beträchtlichen Mehrheiten — die Kandidaten des alten (sozialdemokratischen) Bergarbeiterverbandes.

Fernschicks.

Die Schwiegermutter an der Hauptwache. Letzten Mittwoch mittags schritt eine altliche Sanftfrau mit sehr energischen Gesichtszügen der Hauptwache in Bonn zu und musterte die Soldaten in der Vorhalle. „Aha, da ist er ja,“ sagte sie mit Befriedigung. „Der soll nämlich mein Nibel heiraten“, wandte sie sich erklärend an einen Rekruten, „und hier läuft er einer andern nach. Na, ich will's ihm schon austreiben.“ Mit einem energischen Stuch öffnete sie die feilliche Gitterthür, gab dem jungen Soldaten, welcher ihr Raben voll Mißbehagen bemerkt hatte, mit dem großen Regenschirm einen Wink und begann nun vor verlammetem Kriegsvolk mit lautstoller Stimme eine Rede, wie sie ein druckvoller noch von keiner künftigen Schwiegermutter gehalten worden sein dürfte.

Briefkasten der Expedition.

Die Expedienten, welche sich für diesen Monat noch im Rückstand befinden, ersuchen wir, ihren Verpflichtungen umgehend nachzukommen.

Publikationen der Boykott-Kontroll-Kommission.

Arbeiter, Parteigenossen!
Bei Jagdritten nach außerhalb machen wir auf folgende Balaie, welche kein boykottiertes Bier verzapfen, aufmerksam: „Krug zum grünen Kranz“ und „Schwamm's Brauerei“ in Kröllwitz, „Wilhelmshöhe“, „Tiger Garten“ und „Arbes Gesellschaftshaus“ in Siebichenstein. Die Kontroll-Kommission.

Zur **Einsegnung! Kleiderstoffe und Mädchenkonfektion.** J. Lewin, Verkauf zu streng festen, anerkannt niedrigsten Preisen. Halle, Saale.

